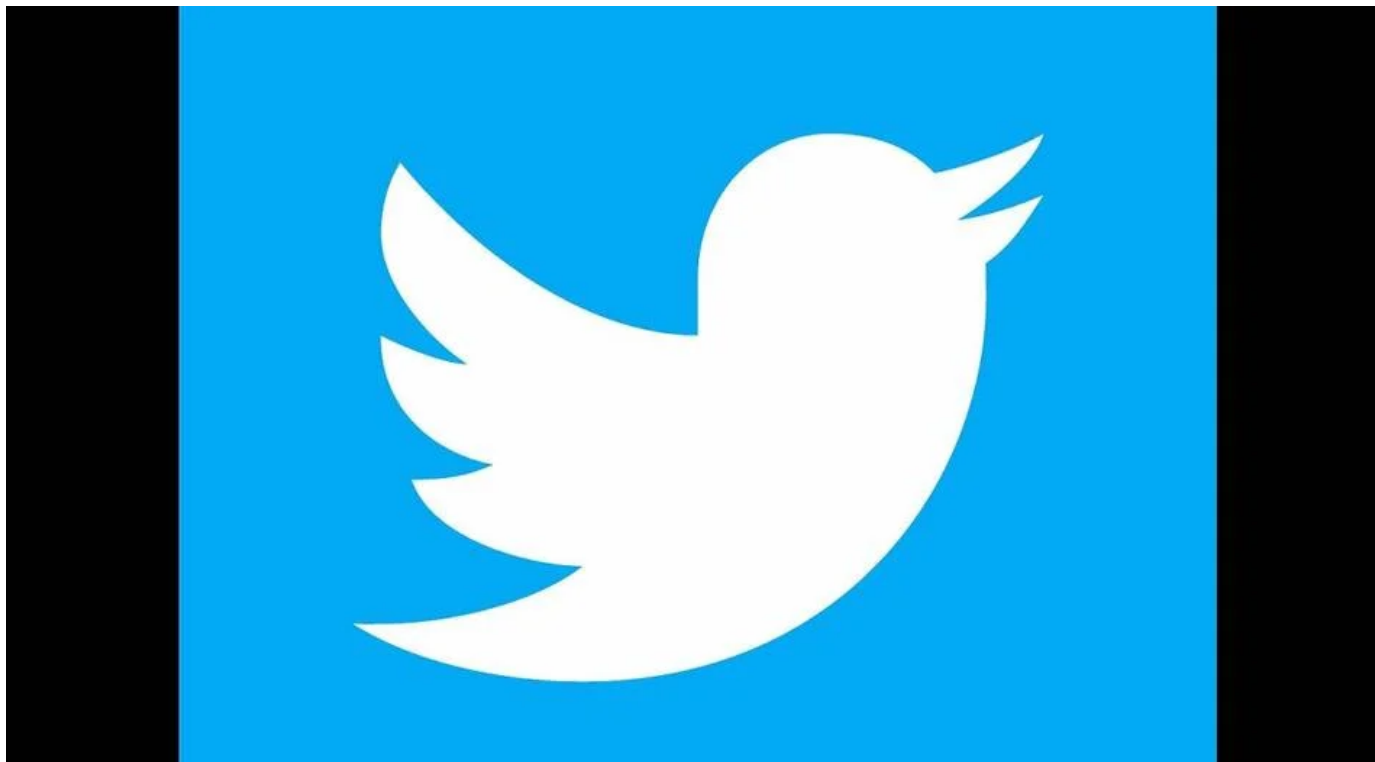


Energiewende ist Sache der Kommunen

## Habeck-Ministerium twittert zum Surfpark

5. Oktober 2022 um 18:00 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat in Richtung Krefeld getwittert. In dem Tweet nahm das Ministerium Bezug auf den Surfpark. Foto: ngz

**Krefeld.** „Das Bundeswirtschaftsministerium sagt damit in ungewohnt klarer Art, dass die Energiewende auch und vor allem auf kommunaler Ebene stattfinden muss“, sagt die parteilose Ratsfrau Björna Althoff zur Stellungnahme aus Berlin.

---

Von Joachim Niessen

---

Eine deutliche und durchaus kritische Stellungnahme hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) von Vizekanzler Robert Habeck in Richtung Stadt Krefeld und Bezirksregierung Düsseldorf im Rahmen der Causa Surfpark veröffentlicht. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter antwortete der offizielle Kanal des Ministeriums sehr deutlich auf ein Statement der Aktivisten gegen den Park. Der Hintergrund: Wie berichtet, arbeiten die Surfparkgegner um die Bürgerinitiative BIENE, den Naturschutzverband BUND und die parteilose Ratsfrau Björna Althoff aktuell auf eine Klage gegen den Surfpark hin, sollte der diesbezügliche Satzungsbeschluss im Frühjahr den Rat passieren. Rund um die Kampagne, die unter anderem Spenden für das im ersten Schritt erfolgende Rechtsgutachten durch die Star-Klimaanwältin Roda Verheyen akquirieren soll, legten die Aktivisten auch einen Twitterkanal unter dem Handle (eindeutiger Twitter-Name) @Stadtklimaklage an.

Auf diesem Kanal verbreiten die Surfparkgegner diverse Informationen rund um den geplanten Surfpark am Elfrather See und sorgen für Reichweite. Am Wochenende nun posteten sie den folgenden Beitrag: „Energiekrise im Land. Was macht #krefeld? Am Elfrather See werden KEINE Windräder errichtet. Dafür Planung eines energiefressenden Surfparks f. Privilegierte. Die @BezRegDdorf schritt gegen die Windräder ein, den Surfpark unterstützt sie, trotz größerer Kiebitzgefährdung. Bitte RT“.

## ▮ INFO

### **Satiresendung Extra3 zum Thema Surfpark**

Am Abend des 5. Oktober ist der Surfpark auch Thema in der NDR-Satiresendung Extra3 ab 22 Uhr, die von dem gebürtigen Krefelder Christian Ehring moderiert wird.

Hauptthema des Beitrags unter der Rubrik „der reale Irrsinn“ – in der stets absurde Entscheidungen von Stadtverwaltungen satirisch aufbereitet werden – soll der geplante Surfpark in Stade sein. Es ist angedacht, in diesem Zusammenhang ebenfalls den Krefelder Park zu thematisieren. Die Sendung ist anschließend auch in der ARD-Mediathek zu finden und wird außerdem auf unterschiedlichen Sendern der dritten Programme oder One wiederholt.

Ergänzend weisen Grafiken auf den Umstand hin, dass auf einem Gebiet westlich des Sees ursprünglich Windkraftanlagen gebaut werden sollten. Die Genehmigung für die Vorrangfläche aber kassierte die Bezirksregierung damals mit dem Hinweis, dass die Anlagen die geschützten Kiebitze, die auf der Vogelinsel im See brüten, stören würden.

Stattdessen solle die dafür vorgesehene Fläche als Ausgleichsfläche für das geplante Gewerbegebiet Uerdingen II südlich des Sees genutzt werden. Nun soll unmittelbar neben besagter Insel der Surfpark entstehen. Vogelschützer sehen hier eine ungleich größere Belastung für die Tiere, als es die Windräder gewesen wären. Außerdem kritisieren Klimaschützer, dass der Park viel Energie verbrauchen soll, während der Windpark erneuerbare Energie geschaffen hätte.

Dieser Beitrag wurde bereits mehr als 100 Mal unter anderem von sehr reichweitenstarken Nutzern geteilt. Althoff setzte ihn – ebenfalls unter dem Namen der Stadtklimaklage – unter einen Beitrag des BMWK, in dem dieses zum 3. Oktober auf die Einheit Deutschlands hinwies und erklärt, an einer gerechten und bezahlbaren, zugleich aber auch klimafreundlichen Energie für alle zu arbeiten. Althoff schrieb dazu: „Das hier finden wir ziemlich ungerecht und nicht besonders ‚einend‘... Wäre nett, wenn auch das @BMWK Lösungen vorlegt, die solche ‚Entwicklungen‘ eindämmen:“ Es folgte der obige Tweet.

Das könnte Sie auch interessieren



Die Antwort des offiziellen BMWK-Kanals: „Ohne die Mithilfe der Verantwortlichen in Ländern und Gemeinden kann die Energiewende nicht gelingen. An vielen und immer mehr Orten wird angepackt für eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung aus EE – aber scheinbar noch nicht überall.“

Für Althoff eine sehr deutliche Positionierung des Habeck-Ministeriums. „Es sagt damit in ungewohnt klarer Art, dass die Energiewende auch und vor allem auf kommunaler Ebene stattfinden muss. Um eine regenerative Energieversorgung zu erreichen, müssen wir einerseits Erneuerbare ausbauen, andererseits aber auch darauf verzichten, unnötige zusätzliche Energieverbraucher zu errichten, beziehungsweise sogar, wo es geht, den Energiebedarf zu reduzieren. Wenn nun gleichzeitig sogar regenerative Energieerzeugung verhindert und direkt nebenan ein großer Mehrverbraucher gebaut werden soll, dann ist das die ganz falsche Richtung. Der Mitarbeiter des BMWK hat immerhin über einen offiziellen Account des Ministeriums klargemacht, dass Krefeld entgegen anderer Kommunen seiner Verantwortung hier nicht gerecht wird“, betont die Ratsfrau.

Der Zeitplan sieht aktuell vor, dass der Satzungsbeschluss, der die letzte große formale Hürde vor dem Bau darstellt, im März im Stadtrat gefasst werden soll. Die politische Unterstützung allerdings wirkte zuletzt durchaus wacklig. Die Grünen sollen sich bereits gegen das Projekt ausgesprochen haben. Von allen anderen Fraktionen – inklusive der SPD – kamen aktuell keine weiteren öffentlichen Positionierungen, obwohl der Investor unlängst explizit dazu aufgefordert hatte. Die Surfpark-Gegner erwarten unterdessen eine neue Offenlage, da wesentliche Änderungen am Umweltbericht hinsichtlich Energieverbrauch und Baumfällungen eingearbeitet werden müssten. Eine Klage gilt im Falle des Beschlusses als sicher.